

che Revolution des letzten Jahres erworben. Wir dürfen und wollen sie nicht abtreten. Beide deutsche Staaten sollen als gleichberechtigte Partner ihre Vereinigung dazu nutzen, die durch den 2. Weltkrieg verursachte Spaltung Europas zu überwinden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu fördern. Darin besteht unsere vornehmste Aufgabe, wenn auch in einem sehr beschränkten zeitlichen Horizont.

Der Ort, an dem wir die außenpolitischen Voraussetzungen für die deutsche Vereinigung schaffen, ist der Runde Tisch der 2 plus 4-Verhandlungen. Am vergangenen Freitag fand hier in Berlin das zweite Außenministertreffen im Rahmen dieser Verhandlungen statt. Man kann sagen, daß die Verhandlungen auf dieser Konferenz in ihr entscheidendes Stadium eingetreten sind. Alle Seiten haben ihre Bereitschaft zur Verständigung zu erkennen gegeben. Trotzdem ist gleichzeitig deutlich geworden, wie weit die Auffassungen doch voneinander entfernt sind.

Wir können die Augen nicht davor verschließen, daß die Beschleunigung des Tempos der Vereinigung die Suche nach Lösungen für die auf der Ebene der äußeren Aspekte bestehenden Probleme keineswegs vereinfacht und, unter äußeren Aspekten betrachtet, sogar eine Belastung bedeutet.

Die hohe Geschwindigkeit der Vereinigung verstärkt ohne Zweifel eine Tendenz zur Abkopplung der äußeren von den inneren Aspekten und könnte leicht einen erheblichen Druck auf das notwendige gute Einvernehmen erzeugen.

Ich möchte hervorheben: Bei allen Schwierigkeiten, die sich besonders im Zusammenhang mit dem politisch-militärischen Status des künftigen vereinigten Deutschlands ergeben, nehmen alle an den 2 plus 4-Verhandlungen beteiligten Seiten eine sehr konstruktive Haltung ein. Keiner versucht, die originären Rechte zu verewigen und das vereinigte Deutschland in irgendeiner Weise zu diskriminieren. Lassen Sie mich hier konkreter zu dieser Situation sprechen.

Der Stand der Verhandlungen 2 plus 4 ist dadurch gekennzeichnet, daß zu der ersten Frage der Tagesordnung, dem Punkt der Grenzfragen, Einvernehmen erzielt ist.

Es handelt sich dabei um die Grenzdefinition des künftigen Deutschlands und damit im Zusammenhang um die deutsch-polnische Grenze. Das Außenministertreffen am 17.7. in Paris wird zusammen mit dem polnischen Außenminister stattfinden. Es gab weitere Einigung zwischen den sechs Außenministern am Freitag in folgenden Punkten:

Die abschließende völkerrechtliche Regelung soll noch vor dem KSZE-Gipfeltreffen der 35 Mitgliedstaaten, das für November in Paris geplant ist, fertig sein, um dort in Paris vorgelegt zu werden. Es darf keine Frage offenbleiben, und deshalb werden die Expertengespräche intensiviert, insbesondere auf Wunsch der Sowjetunion. Aber gleichzeitig wurden auf der Konferenz am 22.6. wichtige Kernprobleme deutlich. Die drei Westmächte und die Bundesrepublik lehnen 2 + 4-Verhandlungen über den militärisch-politischen Status Gesamtdeutschlands ab. Sie wollen, daß mit der Vereinigung Deutschlands in voller Souveränität seine Bündniszugehörigkeit von ihm selbst entschieden wird.

Ein zweites, bisher nicht gelöstes Problem: Die Sowjetunion wünscht in mehreren Richtungen Übergangsfristen, ehe die volle Souveränität Gesamtdeutschlands zugestanden wird. Also zwar gesamtdeutsche Wahlen und staatliche Einheit entsprechend den Wünschen der Deutschen, aber danach noch längere Zeit insbesondere sicherheitspolitische Kontrolle, wobei die Sowjetunion am Ende die Einbindung der Deutschen in ein KSZE-Sicherheitssystem erreichen will. Das Letztere wollen wir auch.

Meine Damen und Herren! Zu den schwierigsten Fragen, die in den nächsten Wochen zur Verhandlung stehen, gehört die Frage von Übergangsregelungen. Wir können uns darunter keineswegs die Offenlassung von Fragen vorstellen. Die 2 + 4-Verhandlungen sind dazu da, alle offenen Fragen zu lösen, und es kann, um mit den Worten von Außenminister Genscher zu sprechen, sich hier nur um Abwicklungsfristen handeln. Dies allerdings ist uns völlig klar.

Es wird nicht jede Frage bis November gelöst sein. Sie müssen nur an die komplizierten Fragen denken, die sich mit der Reduzierung von ausländischen Truppen auf deutschem Boden und deren Reduzierungsfristen verbinden.

Eine Übergangsregelung ist also für uns nur insofern akzeptabel, wenn unzweideutig geregelt ist, wann und wodurch sie beendet wird. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern in Ost und West den unerträglichen Zustand beseitigen, daß die Territorien beider deutscher Staaten nicht nur die am höchsten gerüstete Region auf dem Globus sind, sondern seit Jahrzehnten auch das potentielle Hauptschlachtfeld zwischen Warschauer Vertrag und NATO. Diese Bürde wollen wir von dem künftigen Deutschland nehmen, und zwar auf eine Art und Weise, in der sie nicht anderen europäischen Ländern aufgelastet wird.

Wir können uns das vereinigte Deutschland nicht in einem Bündnis vorstellen, das andere Staaten in Europa als potentielle Gegner betrachtet und das eine auf dem Konzept der Abschreckung beruhende Militärstrategie verfolgt. Nuklear-Ersteinsatz, Vorne-Verteidigung, stark offensive Streitkräfte sind nicht Strukturen eines Verteidigungsbündnisses, dem wir uns anschließen wollen. Ich erinnere Sie an die entsprechenden Aussagen der Koalitionsvereinbarung in diesem Zusammenhang.

Die im Mandat für die Wiener-Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte fixierte Zielvorstellung über gegenseitige Angriffsunfähigkeit bleibt gültig, gerade wegen der grundlegenden Änderungen, die nunmehr auf unserem Kontinent erfolgen. D?~ Sicherheitsbündnis, dem Deutschland künftig angehören muß unserer Auffassung nach unzweideutig vorrangig politischen Charakter haben. Seine primäre Aufgabe wäre die Kriegsverhütung durch die Organisation der Abrüstung auf unserem Kontinent sowie die Bildung gesamt-europäischer Sicherheitsstrukturen.

Die NATO als ein Bündnis demokratischer Staaten sollte fähig sein, sich in der Struktur, in den Aufgaben, die sie sich stellt, in der von uns angestrebten Weise zu reformieren. Wir blicken hier mit hohen Erwartungen auf die Ergebnisse des NATO-Gipfels in der kommenden Woche.

Der Wandel der NATO und des Warschauer Vertrages bleiben unabdingbar, wenn der Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien jetzt beginnen soll.

Gestatten Sie mir, darauf hinzuweisen, daß eben diese Veränderungen ja im Bereich des Warschauer Vertrages mit tiefgreifenden Schritten seit der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Juni erfolgen. Seit eben dieser Zeit nach dem Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Bush liegt der Vorschlag auf dem Tisch, daß zwischen beiden Bündnisssystemen Verhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses von Verträgen geführt werden. Angesichts der Entwicklung im Warschauer Vertrag und der bevorstehenden NATO-Tagung und dessen, was in den Gesprächen zwischen Genscher und Schewardnadse in den letzten Wochen stattgefunden hat, erscheint es uns eine realistische Möglichkeit, solche Verhandlungen - zwar nicht auf der Ebene der Blöcke, aber auf der Ebene der 23, also von 23 unabhängigen Staaten - zu befördern und für den Herbst ins Auge zu fassen.

Die dort zu vereinbarenden Schritte sollten eine Nichtangriffsverpflichtung beider Seiten enthalten und eine dauerhafte Verpflichtung zur sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den Staaten im Rahmen der KSZE.

Weiterhin halten wir es für dringend erforderlich, um den Engpaß der gegenwärtigen 2 + 4-Verhandlungen zu überwinden, daß von deutscher Seite, von beiden deutschen Staaten Initiativen in folgenden Punkten unternommen werden und den vier Mächten in diesem Zusammenhang zur Kenntnis gegeben werden.

Wir sehen darin vor allem einen qualifizierten Verzicht des künftigen Deutschlands auf atomare, biologische und chemische Waffen, der sich sowohl auf Entwicklung, Herstellung und Erwerb wie auch auf Stationierung und Transit derartiger Kampfmittel erstreckt.